

## DAS DOKUMENT

### Gewerkschaftliche Rechte für alle Südafrikaner

*Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in einem Aufruf an die Bevölkerung der Bundesrepublik gegen Rassendiskriminierung und Sonderbehandlung großer Bevölkerungsgruppen in der Südafrikanischen Union gewandt und volle gewerkschaftliche Rechte für alle Arbeitnehmer in diesem Land gefordert.*

*Entsprechend dem Beschluß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), der auf dem Weltkongreß in Brüssel gefaßt worden ist, fordert der DGB die*

*Bevölkerung der Bundesrepublik auf, vom 1. bis zum 30. April 1960 durch einen Boykott südafrikanischer Erzeugnisse gegen die unwürdige Behandlung eines großen Teiles der afrikanischen Bevölkerung zu protestieren. Die Aktion wird unterstützt durch die Großeinkaufsgenossenschaft (GEG) und durch den Zentralverband der deutschen Konsumgenossenschaften (ZdK).*

*Der Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat folgenden Wortlaut:*

Seit vielen Jahren verfolgt die Regierung der Südafrikanischen Union eine Politik der Rassentrennung, die durch eine Sonderstellung die farbige Bevölkerung Südafrikas einer unwürdigen und den Grundsätzen der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ widersprechenden Behandlung unterwirft.

Infolge dieser Sonderbehandlung werden den afrikanischen Arbeitnehmern auch das Recht auf Kollektivverhandlungen und die Ausübung anderer gewerkschaftlicher Rechte versagt, die in allen freien Ländern eine wesentliche Voraussetzung einer freien und demokratischen Ordnung darstellen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften — die weltumfassende Organisation freier Gewerkschaften — hat wiederholt die Regierung der Südafrikanischen Union aufgefordert, ihre Politik den Grundsätzen der Menschenrechte und der Gleichheit aller Menschen, ohne Unterschied der Rasse, der Farbe und des Glaubens, anzupassen. Bisher waren alle Mahnungen und Proteste ohne Erfolg.

Der 6. Weltkongreß des IBFG hat nunmehr beschlossen, als Zeichen des Protestes gegen diese unwürdigen Maßnahmen alle Mitgliedsorganisationen zu einem Verbraucherboykott südafrikanischer Waren aufzufordern, um öffentlich und durch die Tat dem Abscheu gegen diese Politik der Rassendiskriminierung und der Verweigerung selbstverständlicher Rechte Ausdruck zu geben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund als Mitglied des IBFG ruft alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, diesem Rufe der Solidarität zu folgen.

Nicht nur Gewerkschafter geht es an, wenn Menschen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens oder ihrer Rasse wegen anders und schlechter als andere behandelt werden.

Nicht nur Gewerkschafter geht es an, wenn elementare demokratische Rechte Teilen eines

Volkes oder dem ganzen Volke verweigert werden.

Wir Deutsche, die wir aus eigener jüngster Vergangenheit die Folgen der wahnwitzigsten Form des Rassenhasses und Einschränkung demokratischer Freiheiten erfahren haben — wir, die wir noch heute mit den unseligen Restbeständen dieser Vergangenheit uns auseinandersetzen müssen —, gerade wir müssen in der ersten Reihe jener stehen, die dem Unrecht entgegenwirken, wo auch immer es sein Haupt erheben mag.

Es geht uns alle an — ganz gleich, zu welcher Gruppe unserer Gesellschaft wir gehören. Es geht alle an, die es mit der Menschenwürde und der Demokratie ernst meinen, die die Vergangenheit nicht vergessen haben und die eine glückliche und friedliche Zukunft für alle wünschen, die Menschenantlitz tragen.

Deshalb rufen wir Euch auf:

Zeigt Euren Unwillen gegen diese unwürdige Politik!

Kauft im Monat April keine Waren, die aus der Südafrikanischen Union in der Bundesrepublik zum Verkauf in den Geschäften angeboten werden.

Einen Monat lang — vom 1. bis 30. April 1960 — beweist durch Euer Tun, daß unser Bekenntnis zu den Grundsätzen der Menschenrechte und der selbstverständlichen demokratischen Grundrechte mehr ist als nur Worte!

Übt die Solidarität der Gleichheit und der Freiheit!